

ZAK direkt

Top-Infos für FunktionärInnen



Gut vernetzt

Wie können die Interessen der Beschäftigten in der EU gestärkt werden? In der AK-Vollversammlung wurde klar: Das geht nur über Vernetzung mit Bündnispartnern.

Anträge

In der AK-Vollversammlung ging es um die Probleme der Beschäftigten.





Zur richtigen Zeit am richtigen Ort sein!

Für das AK-Büro in Brüssel heißt es, zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu sein, um die Interessen der Beschäftigten auch auf europäischer Ebene gut zu vertreten.

Es war ein guter Einblick in den Alltag der Lobbyisten in Brüssel, den Mag. Amir Ghoreishi, Leiter des AK-Büros am Sitz des EU-Parlaments, der Vollversammlung gab. „Obwohl von den etwa 25.000 Lobbyisten nur 500 den Gewerkschaften zuzurechnen sind, können wir schöne Er-

folge vorweisen.“ Das Um und Auf sei die Vernetzung, die Suche nach Bündnispartnern und Mitkämpfern, um letztlich mehrheitsfähig zu sein. Ghoreishi nannte als Erfolg langjähriger Kampagnen das Pensionsthema. Die EU-Kommission hatte ein „Grünbuch Pensionen“ aufgelegt,

das gespickt war mit neoliberalen Ideen und vielen Empfehlungen im Sinne der Versicherungswirtschaft. Nunmehr gibt es das „Weißbuch Pensionen“, das viel Gedankengut der Arbeiterkammer enthält, etwa, dass zur Si-

bestehe hauptsächlich aus dem Besuch von Empfängen, sagte der Brüsseler AK-Leiter. Das sei nur ein kleiner Teil der Arbeit, und auch AK und ÖGB würden versuchen, diese lockeren Gesprächsrunden mit politischem Hintergrund zu orga-



Zitat



„In Brüssel ist die Suche nach Bündnispartnern das Um und Auf.“
Amir Ghoreishi

chierung der Pensionen eine hohe Beschäftigung wichtiger ist als das von Versicherungen geschürte Schreckgespenst der Überalterung der Gesellschaft.

nisieren: „Es gibt Mitglieder des EU-Parlaments, die haben noch nie in Brüssel mit Arbeitnehmervertretern Kontakt gehabt.“

Expertise

Man könne in Brüssel nicht für alle Themen das notwendige Expertenwissen aufbauen, sagte Ghoreishi. Umso wichtiger sei die gute Zusammenarbeit mit der heimischen AK: „Mit dieser Expertise in der Hand können wir in Brüssel dann unsere Lobbyarbeit machen.“

Lobbying

Vielfach werde gemeint, Lobbying, also die professionelle Einflussnahme auf Entscheidungen,



Interessen von ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen



Das Bild zeigt, wie vielfältig die Einflussnahme von Interessengruppen auf EU-Parlament und EU-Kommission sind. AK und ÖGB kämpfen in Brüssel gemeinsam gegen die vielen Wirtschaftslobbysten.



Zu Wort gemeldet:



Alle gleich behandeln

„Jeder von uns kann eine Botschaft aussenden. Vertreten wir die Interessen aller Beschäftigten, egal wo sie herkommen und wie sie aussehen.“

Ursula Niediek (AUGE/UG)



Höhere Wahlbeteiligung

„Die AK beschäftigt sich auf Bundesebene mit der Hebung der Wahlbeteiligung bei AK-Wahlen. Das werden wir berücksichtigen.“

Alexander Lechner (FSG)



Frauen unterstützen

„49 Prozent der Frauen arbeiten in dauerhafter Teilzeit. Wir müssen Armut in der Pension verhindern und die Frauen unterstützen.“

Elisabeth Aufreiter (FSG)



Ausbau der S-Bahn

„Ich bitte euch um Unterstützung für eine S-Bahnlinie von Trofaiach nach Leoben. Diese Strecke wäre gut ausgelastet.“

Uwe Süß (GLB-KPÖ)



Spannende Debatten über Verbesserungen für die Beschäftigten gab es in der AK-Vollversammlung.

Zitat

„Wir brauchen Investitionen wie einen Bissen Brot.“

Josef Pesserl



Thema Nummer eins

Die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt nahm AK-Präsident Josef Pesserl bei der jüngsten AK-Vollversammlung zum Anlass, alle Beteiligten aufzurufen, „alles zu unternehmen, um die Situation zu verbessern“.

Der AK-Präsident kritisierte jene Stimmen aus der Wirtschaft, die den Wirtschaftsstandort schlechtreden: „Dann darf man sich nicht wundern, wenn die Stimmung am Boden ist und die Investitionen ausbleiben.“ Investitionen brauche man „wie einen Bissen Brot“, um Beschäftigung zu schaffen.

Auch öffentliche Investitionen – beispielsweise in den öffentlichen Verkehr, soziale Dienstleistungen, Bildung, sozialen Wohnbau – fehlen, kritisierte Pesserl die „falsche Sparpolitik“. Er forderte in diesem Zusammenhang die Änderung der strengen Budgetkriterien, von denen Investitionen in die Zukunft

ausgenommen sein müssten. Ein weiterer wichtiger Punkt sei die Stärkung der Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen. Der wesentlich stärker gestiegene private Konsum sei neben den höheren Investitionen in die Bauwirtschaft der Hauptgrund dafür, dass sich die Konjunktur in Deutschland besser entwickle als in Österreich, zitierte Pesserl aus Daten der EU-Kommission. Ein klares Bekenntnis legte der AK-Präsident zur Indus-

trie ab: „Wir brauchen eine industrielle Basis.“ Um diese zu bewahren und zu stärken, brauche es noch mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung, gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte und einen fairen Wettbewerb. Nicht zuletzt sollte die bewährte betriebliche und überbetriebliche Sozialpartnerschaft gestärkt und nicht geschwächt werden. Insgesamt gehe es auch darum, den sozialen Frieden zu bewahren. Hohe Arbeitslosenzahlen seien ein gesellschafts- und sozialpolitisches Pulverfass, warnte der AK-Präsident.



Besserer Lohn

„Die Auswirkungen sind fatal, weil Ärzte Tätigkeiten auf Pflegepersonal verlagern. Ich fordere mehr Lohn für das Pflegepersonal.“

Gernot Wallner (ÖAAB-FCG)



Kein Zwang

„Verbesserungen bei Kinderbetreuung und Unterstützungen sind notwendig. Wir sind gegen Kindergartenpflicht und Ganztagschule.“

Helga Klimbacher (FA/FPÖ)



Krise an den Unis

„An den Universitäten ist Feuer am Dach. Einsparungen sollen großteils die Beschäftigten treffen, sogar der KV ist bedroht.“

Franz Gosch (ÖAAB-FCG)



Zurück in den Beruf

„Die allermeisten Frauen wollen nach der Kinderpause in den Beruf zurück. Ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr würde helfen.“

Monika Fließer (FSG)



Durch das Fachkräftestipendium wurde das Nachholen eines Lehrabschlusses in technischen und Sozialberufen ermöglicht: Die Vollversammlung wehrt sich gegen die Aussetzung des Stipendiums in den Jahren 2016 und 2017. (Fotolia)



Foto: contrastwerkstatt | Fotolia



Foto: Kanizaj

Auf Vorschlag der FSG wurde Alexander Lechner als Nachfolger von Peter Bacun in den AK-Vorstand gewählt. Lechner folgt Bacun auch in dessen Funktion als Vorsitzender der Fraktion der Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen in der AK. Der gebürtige Eisenerzer ist Vorsitzender des Angestelltenbetriebsrates der voestalpine Stahl Donawitz und seit März Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp).

Lösungen im Mittelpunkt

Ein dickes Paket von 41 Resolutionen und Anträgen beschäftigte sich mit aktuellen gesellschaftspolitischen und arbeitsrechtlichen Problemen.

Statt des derzeitigen 4,2-prozentigen Abschlags bei der Langzeitversicherung nach 45 Jahren sprach sich die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) für eine Begrenzung mit 1,8 Prozent aus. Weiters habe die Bundesregierung dafür Sorge zu tragen, dass künftige Pensionsreformen keine weiteren Verschlechterungen für die Versicherten mit sich bringen.

A Fachkräftestipendium
Gegen die Sistierung des Fachkräftestipendiums in den kommenden zwei Jahren richtete sich ein weiterer FSG-Antrag, da sich das Stipendium als wirksame arbeitsmarktpolitische Maß-

nahme erwiesen habe. Um einen flexiblen Mitteleinsatz im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu ermöglichen, forderten die Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen, die Zweckbindungen des AMS-Budgets zu reduzieren und den Anbietern von Schulungskursen Planungssicherheit zu garantieren.

A Elternteilzeit
Einen Rechtsanspruch auf Elternteilzeit unabhängig von der Betriebsgröße ab einer Betriebszugehörigkeit von sechs Monaten forderte ein FSG-Antrag. Derzeit besteht ein Rechtsanspruch nur in Betrieben mit mehr als 20 MitarbeiterInnen. Außerdem wird eine radikale Vereinfachung des Kinderbetreuungsgesetzes verlangt.

A Sechste Urlaubswoche
Angenommen wurde ein Antrag der ÖAAB-FCG-Fraktion, in dem die Anrechnung von Vordienstzeiten für den Urlaubsanspruch verlangt wird, damit eine sechste Urlaubswoche nach 25 Arbeitsjahren Realität wird. Schließlich wurde eine Dringliche ÖAAB-FCG-Resolution angenommen, in der ein Eingriff in den Kollektivvertrag für Universitätsbedienstete abgelehnt wurde.

A Sozial schwache Familien
Zustimmung fand ein Antrag der Freiheitlichen Arbeitnehmer, in der die kostenlose Teilnahme an Schulveranstaltungen und kostenlose Nachhilfe für sozial schwache Familien gefordert wird. Mehrheitlich zugestimmt

wurde der Forderung, e-Cards der nächsten Generation nur mit Bild auszugeben.

A Ehe für alle
Von der Fraktion AUGÉ-UG wurde ein Antrag zur verbesserten Pensionsversicherung für die Zeiten der Pflege eines behinderten Kindes eingebracht und ebenso angenommen wie die Forderung nach Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe.

A S-Bahn Obersteiermark
Im Zusammenhang mit der geplanten obersteirischen S-Bahnlinie wurde von der Fraktion GLB-KPÖ eine Streckenführung von Trofaiach/Hafning bis Kindberg verlangt. Große Zustimmung der Vollversammlung erhielt auch die Forderung, dass Vermieter die von ihnen verursachten Maklerkosten selbst zahlen sollen.